

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 31 (1990)
Heft: 19

Rubrik: Zusammenhänge

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ZUSAMMENHÄNGE

Saddam in der Sackgasse

George Bush und Michail Gorbatschow haben auf ihrer Wochenendbegegnung in Helsinki am 9. September die Golfkrise, die durch die irakische Invasion Kuwaits ausgelöst wurde, nicht beendet. Aber die demonstrierte Solidarität zwischen der noch verbleibenden amerikanischen Supermacht und der wichtigen, aber in ihrer Bedeutung sinkenden sowjetischen Supermacht hat die Aussichten verstärkt, dass der Irak gezwungen sein wird, einen Rückzieher zu machen.

Dann wäre dies eine Tragödie

Saddam Hussein befindet sich in der Sackgasse. Bush und Gorbatschow ziehen eine politische Lösung der Krise vor. Eine militärische Aktion haben sie aber nicht ausgeschlossen, sollten die von den Vereinten Nationen (UNO) legitimierten Sanktionen gegen den Irak ohne Erfolg bleiben und sollte Saddam Hussein selbst zum Angriff übergehen. Vorgängig der Gipfelbegegnung hatte der irakische Diktator die Frage aufgeworfen, ob denn die Sowjetunion überhaupt noch als Grossmacht angesehen werden könne, zumal sie selbst mit enormen politischen und wirtschaftlichen Problemen konfrontiert sei. Hier könnte sich Saddam Hussein gewaltig irren, und er sollte die Worte Gorbatschows abwägen. Der sowjetische Präsident riet ihm, «ganz nüchtern» zu bleiben, die ganze Situation im Auge zu behalten und auf die «Forderungen der Welt» einzugehen. Sollte er, Saddam Hussein, eine militärische Aktion anzetteln, dann wäre dies eine Tragödie.

Wer erwartet hatte, die Sowjetunion werde jetzt ebenfalls Truppen an den Golf entsen-

den, der irrte von Anbeginn. Das Treffen sollte symbolischen Charakter haben – und hatte ihn auch –, und es soll das Zeichen einer anbrechenden neuen Zeitqualität setzen: Die Repräsentanten der beiden nach wie vor bedeutendsten Mächte der Welt sind sich einig, stehen zusammen, gehen auf ein gemeinsames Ziel zu und sind nicht bereit, auf irgendwelche Kompromisse gegenüber dem Irak einzugehen. Das will nicht heissen, dass die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion jetzt hundertprozentige Verbündete sind. Sie sind enge Verbündete geworden. Und das ist auch ein gutes Omen für die Vereinten Nationen, die, wie sich ebenfalls im bisherigen Krisenverlauf zeigte, vom früheren schieren Opportunismus zum moralisch Gebotenen zurückfanden.

Die Krise am Golf sollte den (West-)Europäern, die in den vergangenen Monaten derart egoistisch mit sich selbst beschäftigt waren, erneut vor Augen geführt haben, dass – wenn auch der Ost-West-Gegensatz der Geschichte angehört – die Welt bipolar bleibt. Das heisst, es gibt nicht nur das Gute, Frieden, Stabilität, ungebremstes wirtschaftliches Wachstum. Und alles Militärische ist nicht irgendwie anachronistisch. Die Krise wird nicht mit der Krise am Golf überwunden sein. Die Ironie der Geschichte besteht in schnellen, dramatischen Szenenwechseln. Das heisst, es wäre eine Katastrophe, wenn Saddam Hussein und sein System überleben. Es wäre aber ebenso eine Katastrophe, wenn die «Welt» militärisch eingreifen müsste, um das Überleben des Diktators zu verhindern.

Letztlich geht es um Israel

Letztlich wird es um die Existenz Israels gehen. Kommen Saddam Hussein und sein Regime noch einmal davon, so wird über kurz – eher kurz – oder lang das nächste Ziel der jüdische Staat sein. Saddam Hussein nährt Ängste und Hoffnungen der armen arabischen Massen. So oder so, die Stunde des arabischen Feudalregimes hat geschlagen. Auf ewiglich werden die Demokratien militärisch am Golf nicht präsent sein können und wollen, um absolute arabische Herrscher vor einem hochgerüsteten Irak zu schützen. «Kippten» in der derzeitigen Konstellation die Herrscher, so wäre der Irak die Nummer eins in der arabischen Welt, und diese hat sich zum Ziel gesetzt, die Erdölquellen zu kontrollieren und «Palästina zu befreien». Kurz: Schon mittelfristig werden die Europäer gefordert sein, sich ein «Sicherheitssystem» für die arabische Welt einfallen zu lassen. Rat könnten sie sich bei Israel – ironischerweise dem einzigen demokratischen Staat in der Region – holen, dessen oftmals auch im Westen kritisierten sicherheitspolitischen Entscheidungen der vergangenen Jahre jetzt in anderem, neuem Licht erscheinen mögen. Auch Europa könnte die Sackgasse geraten. *j. b.*

Krise und Konsequenzen

Ein zwingendes Gesetz besagt, dass Krisen, und zwar die kleinen wie die grossen, auf Dauer nicht gelöst werden, indem wieder der vorherige Zustand hergestellt wird. Krise ist ein Höhe- und ein Wendepunkt. Das heisst, es wird nicht mehr damit gemacht sein, dass sich der Irak aus Kuwait zurückzieht.

Den möglichen Weg beziehungsweise Ausgang hat wahrscheinlich die britische Premierministerin, Margaret Thatcher, aufgezeigt, als sie nach der Freilassung der ersten Geiseln Anfang September sagte, nach dem Ende der Krise müsste Saddam Hussein el-Takriti als Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt werden. Diese Äusserung kann auch dahin verstanden oder gedeutet werden, dass ein «Erstschlag» der am Golf aufmarschierenden Demokratien immer wahrscheinlicher wird.

Symptom- oder Ursachenbekämpfung?

Die Krise am Golf hat sich so weit entwickelt und verschärft, dass sie offenbar mit friedlichen Mitteln nicht mehr zu lösen sein wird. Es scheint, sie wird – da bis anhin die Gewaltandrohung nichts fruchtete – nur noch mit Gewaltanwendung «überschritten» (gelöst) werden können. Die Frage ist, ob damit nur das Symptom oder auch die Ursache bekämpft wird. Der Gedanke mag vielleicht befremden, aber die Ursache der Krise

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's

ist vielleicht weniger bei Saddam Hussein zu suchen als gerade bei jenen, die sich anschicken, ihn zur Strecke zu bringen.

Die Entwicklung des Tyrannen am Tigris verdeutlicht nämlich – oder sollte es verdeutlichen –, dass gewalttätige Systeme nur dann zu einer ernsthaften Bedrohung der Völkerfamilie werden, wenn ihnen die humanen, sozialen, demokratischen und freiheitlichen Staaten dabei helfen. Das ist das Symptom der Krise, buchstäblich das Merkmal der Krankheit.

Und Wesenszug der allgegenwärtigen Krankheit ist, sich aus der Verantwortung zu stehlen, diese nicht zu übernehmen. Das heisst, es lebte sich bisher in der politisch und wirtschaftlich zweigespalteten – zwischen Ost und West auseinanderfallenden – Welt im Grunde recht bequem, in Freizeit und Luxus und einem grossen Mass an Gedankenlosigkeit. «Man» konnte sich aus der Verantwortung heraushalten, da diese zu übernehmen doch recht unbequem war (ist) und einem eine Stellungnahme, einen Einsatz abverlangt.

Zweierlei Mass

«Man» liess es gerade sein, wenn der Diktator mit Rezepten und Laboratorien zur Herstellung von Giftgas – möglicherweise auch der Atombombe –, mit Panzern, Raketen und Präzisionswerkzeugmaschinen für die eigene Rüstungsindustrie sowie mit technischen und militärischen Beratern ausgestattet wurde.

«Man» liess es gerade sein – auch die Weltgewissen genannten Vereinten Nationen –, als der so ausgestattete und hochgerüstete Irak den international wenig geschätzten Nachbarstaat Iran überfiel und acht Jahre mit Krieg überzog. Im Grunde zog «man» diese aggressive Vorgehensweise gegen den von Ayatollah Khomeini entzündeten sogenannten islamischen Fundamentalismus vor, statt sich geistig mit dem Phänomen auseinanderzusetzen. Zu den zwingenden Gesetzen des Weltenlaufs gehört, dass es nicht ein «Recht auf Bequemlichkeit» gibt, aber eine Pflicht zur Übernahme von Verantwortung.

«Man» liess es auch gerade sein, als Saddam Hussein mit Giftgas gegen die beachtliche nationale Minderheit der Kurden vorging. Derart ermuntert (ob soviel Verantwortungslosigkeit der «Welt»), war es nur logisch, dass er als nächstes «halb Israel» mit Giftgas auszulöschen gelobte.

«Man» hielt – oder hält sich noch? – aus der «Wahrheit der Zeit» heraus, erlaubt da und dort ein bisschen Terrorismus, eine oder mehr Geiselnahmen, nimmt ein bisschen Angriffskrieg hin und akzeptiert, dass Handel und Profit das sogenannte Völkerrecht bestimmen. So gesehen, sollte «man» sich letztlich nicht über die Konsequenzen wundern.

j. b.

Jacques Baumgartner

Angola-Zwischenbilanz

Ergebnislos verlief Ende August in Lissabon die dritte Verhandlungsrunde zwischen der MPLA und der Unita. Nach den jüngsten militärischen Niederlagen der MPLA-Regierungsgruppen gegen die Unita-Widerstandsbewegung im seit 15 Jahren dauernden angolischen Bürgerkrieg schien sich eine politische Wende abzuzeichnen. Vor den unter portugiesischer Schirmherrschaft geführten Gesprächen hatte das marxistische Regime seine Bereitschaft bekundet, die Unita als politische Partei anzuerkennen. Offenbar war aber die MPLA-Verhandlungsdelegation nicht befugt, ein entsprechendes Grundsatzdokument zu unterzeichnen. Die Verhandlungen sollen in der zweiten Septemberhälfte fortgesetzt werden.

Jamba, Anfang September

In seinem im äussersten Südosten von Angola gelegenen Hauptquartier in Jamba, der «provisorischen Hauptstadt», äusserte sich der Präsident der Nationalen Union für die völlige Unabhängigkeit Angolas (Unita), Jonas Malheiro Savimbi, enttäuscht über den Ausgang der bisherigen drei Verhandlungsrunden. Seine Organisation sei in diese Verhandlungen mit der Erwartung gegangen, eine Vereinbarung zu treffen, «die für Angola Frieden und Demokratie bedeutet hätte.»

Abgesandte der Volksbewegung zur Befreiung Angolas/Arbeiterpartei (MPLA-PT) und der Unita trafen sich am vergangenen 24. April im portugiesischen Evora zum ersten Direktgespräch. Vorgängig dieser Begegnung über «Verhandlungen über Verhandlungen» hatten MPLA-Regierungsgruppen (Fapla) an zwei Frontabschnitten in Südangola, an der «Grenze» des von der Unita kontrollierten Gebietes, ihre bisher grössten Offensiven gegen die Widerstandsbewegung eröffnet und dabei bei Mavinga und Savatee erneut empfindliche militärische Niederlagen erlitten.

Forderungen der Unita

Die Unita hatte schon für Juni einen erneuten Waffenstillstand – ein Jahr nach der brüchigen, im zairischen Gbadolite vereinbarten Waffenruhe – vorgeschlagen, was aber von der MPLA abgelehnt worden war. Die Unita erwartete als Ergebnis der dritten Verhandlungsrunde beziehungsweise nannte als Vor-

aussetzung für die Unterzeichnung eines Waffenstillstandes die Anerkennung ihrer «Legitimität als Oppositionspartei» durch die MPLA und «eine klare Aussage» der MPLA darüber, wie sie sich ein zukünftiges Mehrparteiensystem vorstelle. Eine weitere Bedingung der Widerstandsbewegung sind «freie und demokratische Wahlen in Angola». Von keiner dieser Positionen ist die Unita bereit, «auch nur einen Fingerbreit abzuweichen».

Ebenfalls erörtert wurde die Vereinigung der beiden Armeen, die Fapla und der Fala. Bis anhin hatte die MPLA auf eine «Integration» der Unita-Streitkräfte in die Fapla bestanden. Für den Unita-Generalstabschef, Arlindo Chenda Isaac Pena «Ben-Ben» bedeutet aber «Integration auf gut afrikanisch so viel wie Liquidation, und wir denken nicht daran, uns – wofür das angolische Volk anderthalb Jahrzehnte lang gekämpft hat – physisch abschreiben zu lassen».

Rat aus Moskau und Washington

Am 25. Juli liess in Luanda Jeffrey Davidow von der Abteilung für afrikanische Angelegenheiten im amerikanischen State Department die MPLA-Regierung wissen, dass seine Regierung «weiterhin die Oppositionsbewegung der Unita unterstütze und nichts unternommen werde, was die amerikanische Unterstützung der Unita beeinträchtigen könne». Vom angolischen Aussenminister Pedro de Castro can Dunem «Loy» war zu hören, der «einzige Hindernisgrund», die Unita als Oppositionspartei anzuerkennen, sei «verfassungsmässiger Natur». Es gäbe keinen Weg, die Unita anzuerkennen: «man» müsse die Verfassung (diese verbietet Oppositionsparteien) ändern, und der nächste MPLA-Kongress sei erst für Dezember geplant.

Moskau und Washington sollen geraten haben, nicht zu zögern und den Kongress «im Interesse des hungernden und des Krieges müden angolischen Volkes» vorzulegen.

Kürzlich warf in der sowjetischen Wochenzeitung «Literaturnaja Gaseta» der Journalist Wladislaw Janelis die Frage «Warum sind wir überhaupt in Angola?» auf. Der Konflikt habe eine besondere Kaste entste-